Nummer 51 Berlin, 20. Dezember 1918. 30. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postscheckkonto Berlin 5386.

Inhalt: An unsere Ortsverwaltungen, Gauleitungen und sonstigen Organe. — Friedensklänge zur Weihnacht? — Weltkrieg und Weltrevolution. — Ist die deutsche Textilindustrie für die Vergesellschaftung reif? — Außerordentliche Konferenz des Gaues 9. — Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Privatanzeigen. — Unterhaltungsteil: Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

An unsere Ortsverwaltungen, Gauleitungen und sonstigen Organe.

In letzter Zeit sind in manchen Gebieten Arbeitszeiten über die 8stündige hinaus vereinbart worden. Das ist gegen den Erlaß der Regierung wie auch gegen die Vereinbarung der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden. Wir müssen darauf bestehen, daß die tägliche Arbeitszeit in keinem Falle mehr als 8 Stunden — am Sonnabend höchstens 6 Stunden — beträgt, und andere Abmachungen fortan von uns als gültig nicht erachtet werden können.

Der Vorstand.

Friedensklänge zur Weihnacht?

Lang, lang ist's her, daß uns zur Weihnacht Friedensglocken klangen. Werden sie uns diesmal läuten oder wird der jetzige Waffenstillstand mit der Einleitung von Friedensverhandlungen nur eine Waffenpause sein, nach deren Ablauf der Krieg wieder von neuem beginnt?

Es ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der nun vorläufig beendete Krieg auch endgültig beendet sein wird, daß der Waffenstillstand der Anfang des so lange ersehnten Friedenszustandes sein wird.

Was der Diplomatie solange nicht gelang, was dem Oberhaupt der katholischen Kirche solange nicht gelingen wollte, es gelang der Sozialdemokratie wider Erwarten schnell, nachdem nun einmal die Verhältnisse für den Abbruch des Krieges reif geworden waren. Ohne diese Reife der Verhältnisse für den Abbruch des Krieges wäre auch ihr Bemühen wohl noch nicht von dem gewünschten Erfolge gekrönt worden.

Es ist mit dem Abbruch des Krieges dasselbe wie mit dem Abbruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise: der gegebene Zustand muß erst die Herrschaft bis zu einem gewissen Grade eingebüßt haben, wenn feindliche Mächte die Macht über ihn erlangen sollen. Und er wird nur dann von seiner Herrschaft verloren haben, wenn seine Berechtigung fragwürdig geworden ist.

Diese seine Berechtigung war beim Kriege für Deutschland von dem Augenblick an in Frage gestellt, wo er seinen Zweck, die Herrschaft der feindlichen Mächte über uns von uns abzuhalten, nicht mehr erreichen konnte.

Ohne unseren militärischen Zusammenbruch wäre es der Sozialdemokratie wohl nicht gelungen, dem Kriege ein Ende zu machen.

Doch wärs es mit dem militärischen Zusammenbruch darum noch nicht jeder anderen politischen Macht gelungen, den Abbruch herbeizuführen, wenn die militärischen Machthaber nach wie vor auf der Fortsetzung des Krieges bestanden. Und das war, nachdem sie erst den Waffenstillstand für notwendig gehalten hatten, der Fall. Ihnen unbeirrbar entgegenzutreten konnte nur eine politische Macht unternehmen, die gewiß war, dabei im Sinne der übergroßen Mehrheit des Volkes im Bürgerrock und im Waffenrock zu handeln; jede andere politische Macht, die mehr oder weniger auf die Interessen der mehr oder minder am Kriege direkt beteiligten Kreise Rücksicht zu nehmen gezwungen war, hätte nicht die dazu nötige Kraft gefunden.

So war also die Sozialdemokratie, die von Anfang an gegen den Krieg war und alles mögliche aufbot, ihn zu verhindern, die sich nur notgedrungen mit ihm als Verteidigungskrieg abfand, berufen, ihm ein Ende zu gebieten.

Keine diplomatische Kunst also war dazu imstande gewesen; im Gegenteil hat sich nun gezeigt, daß die Diplomatie sogar des öfteren Gelegenheiten, den Krieg zu beenden, verpaßte, weil sie naturgemäß bei ihrer Bestimmung, einen möglichst „guten" Frieden herbeizuführen, immer noch nach besseren Gelegenheiten für den Friedensschluß ausspähte.

Auch alle Gebete in den Kirchen konnten den Frieden nicht herbeiführen, sowenig wie die gewiß ehrlichen Bemühungen des Papstes. Die Kirche mit ihrem großen Anhang und ihren durchaus friedlichen Bestrebungen mußte mit ihren auf den Friedensschluß gerichteten Bemühungen ohne Erfolg bleiben, weil ihre Macht sich nur auf die geistige Herrschaft über die im Kriege Geführten erstreckt, die sicher in allen Kriegslagern mit ihr einverstanden waren, doch nicht über Krieg und Frieden sich zu entschließen hatten. Ueber die Führer im Kriege hatte aber die Kirche keine Macht. Sie unterwarfen sich, trotz aller zur Schau getragenen Frömmigkeit, nicht den inbrünstigen Bitten der Kirche, weil sie — in allen Lagern — wußten, daß das Kriegsglück wie alle menschlichen „Geschicke" nicht vom Himmel oder von himmlischen Stellvertretern auf Erden bestimmt wird, sondern von der Macht, die der eine oder der andere über seinen Gegner auszuüben imstande ist. Und solange noch jeder glaubt, das Kriegs„glück" mehr zu seinen Gunsten wenden zu können, läßt er sich durch fromme Wünsche, auch wenn sie von kirchlicher Seite kommen, in der Befriedigung seiner Kriegslüste nicht stören. Das jüngste Gericht fürchten diese Herrschaften nicht. Sie fürchten höchstens den Volkszorn, und der entlädt sich in der Regel erst über sie, wenn sie vom Kriegsglück verlassen werden. Und dann wissen sie sehr geschickt sich dem Volkszorn durch die Flucht zu entziehen, wobei sie nicht einmal vergessen, sich mit einem reichlichen Imbiß für die Reise zu versehen. . . .

So werden uns denn nach vier Weihnachten, wo das friedliche Festgeläute von dem Geknatter der Gewehre und dem Gebrüll der Kanonen übertönt wurde, zur fünften Kriegsweihnacht einmal die Kirchenglocken ihre feierlichen Klänge rein und ungemischt zu Gehör bringen können.

Es werden hoffentlich wirkliche Friedensklänge sein, Klänge, die den wirklichen Frieden künden. Wird der Frieden auch ein ganz anderer sein, als wir ihn wünschen müssen, so wird es doch immer ein Frieden sein, ein Zustand, der, auch unter den ungünstigsten Umständen, immer noch besser ist als der günstigste Kriegszustand.

In dieser Ueberzeugung wünschen wir allen unseren Leserinnen und Lesern

Fröhliche Weihnachten!

Weltkrieg und Weltrevolution.

Im Weltkriege, der aus kleinen Anfängen sich erst zu einem solchen entwickelte, trat immer mehr zutage, daß in ihm zwei Imperialismen miteinander rangen, von denen jeder in dem Siege des einen den eigenen Untergang sah. Der mitteleuropäische Imperialismus rang einerseits mit dem osteuropäischen und westasiatischen, andererseits mit dem westeuropäischen und nordamerikanischen. Der mitteleuropäische Imperialismus blieb zwar über den osteuropäischen und westasiatischen Imperialismus Sieger, erlag aber schließlich dem westeuropäischen und nordamerikanischen Imperialismus.

Welche Folgen das für das künftige Wirtschaftsleben Mitteleuropas haben wird, läßt sich noch nicht übersehen. Ebensowenig läßt sich jetzt schon sagen, wie sich das Wirtschaftsleben in den Ländern der sogenannten Sieger entwickeln wird. Denn den kapitalistischen Mächten, die bisher ausschließlich überall das Wirtschaftsleben beherrschten, ist nun ein alter Feind zwar nur, aber doch in ganz neuer Rüstung und in nie vorher gekannter Machtentfaltung entgegengetreten, der manche kapitalistische Rechnung und manchen kapitalistischen Plan zu vereiteln droht. Der eine Imperialismus hat zwar den anderen besiegt, doch alle Imperialismen zusammen sind nun mehr denn je vom Sozialismus bedroht, der auch einem siegreichen Imperialismus die Früchte des Sieges zu verkleinern imstande ist, ja, wenn es gut geht, ihm ganz entwinden kann.

In Rußland ist der heimische Imperialismus bekanntlich schon seit Jahr und Tag entthront, in Deutschland liegt er nun, wie wir glauben, auch — für immer, hoffen wir — am Boden. In den Ländern des Vielverbandes sitzt er anscheinend noch fest im Sattel, scheint aber doch das Gefühl zu haben, daß auch dort seine Tage gezählt seien, wenn die Entwickelung zum Sozialismus im Osten und im Zentrum Europas noch weitere Fortschritte machen würde. Die Machthaber des Vielverbandes rüsten sich deshalb nach ihrem Siege über den mitteleuropäischen Imperialismus zu einem unerbittlichen Kampfe gegen das, was sich in Rußland für Sozialismus ausgibt und gegen den Sozialismus, der sich in Deutschland einzurichten beginnt.

Die Machthaber des Vielverbandes haben freilich mit Rußland noch ein anderes Hühnchen zu pflücken — wegen der Ungültigkeitserklärung der russischen Staatsanleihen, an denen Frankreich und England mit ansehnlichen Summen beteiligt sind, besonders Frankreich. Sollen sie schon diese Gelder verlieren, doch obendrein noch die Möglichkeit, in ihren Ländern in Zukunft reiche kapitalistische Gewinne zu machen? Das hieße ihnen zuviel zuzumuten. Deshalb machen sie Rußland das Leben jetzt so schwer wie möglich, hoffend, daß dadurch die bolschewistische Regierung gestürzt wird, sie wieder zu ihrem Gelde kommen und auch die Möglichkeit gewinnen, ihren imperialistischen Sieg hochkapitalistisch auszunutzen. Sie lassen deshalb ihre Truppen in Rußland einmarschieren; unter ihrem Schutze sollen die Gegner der bolschewistischen Regierung in Rußland zu entscheidenden Schlägen gegen diese ausholen. Der Erfolg zeigte sich schon im Versprechen einer gegenrevolutionären Koterie, die alten Schulden zu tilgen. Und in Deutschland? Wenn nicht alle Anzeichen trügen, bereitet die Entente hier nicht weniger vor. Ihre Sprache ist uns gegenüber nicht milder als Rußland gegenüber. Und sie läßt deutlich genug durchblicken, daß sie sich nicht mit dem Siege über den mitteleuropäischen Imperialismus begnügt, sondern auch noch den hier aufkeimenden Sozialismus erwürgen will.

Wenn wir recht artig sind, will man eine neue Regierung bei uns anerkennen und uns einigermaßen glimpflich behandeln, nachdem man uns so harte Waffenstillstandsbedingungen gestellt hat, daß wir sie kaum zu erfüllen imstande sind. Erfüllen wir sie aber nicht, so will man seine Truppen, die schon weit in unserem Lande vorgerückt sind, noch weiter marschieren lassen. Wohl aber weniger, um uns zur Erfüllung unserer Verpflichtungen zu zwingen, als dazu, sozialistische Absichten aufzugeben. Es ist klar, daß man von der Ausbreitung des Sozialismus in Deutschland eine Weiterentwickelung auch in Westeuropa befürchtet, die man mit allen Mitteln verhindern will.

Es wäre ja auch gar zu sehr gegen alle kapitalistische Erwartung, daß sich zwei Imperialismen vier Jahre lang gegenseitig abgewürgt haben sollten, um schließlich auf der ganzen Linie den Sozialismus sich Bahn brechen zu sehen! Deshalb will man nur Frieden schließen mit einer deutschen Regierung, die auf „ordnungsmäßigem" Wege zustande gekommen sei. Das heißt, es soll eine Nationalversammlung stattfinden, die eine wirklich rechtmäßige Regierung zu wählen hätte, mit der man Frieden schließen könnte.

Diese Forderung, die ja auch unsere Forderung ist, von der Seite erhoben, scheint von der Hoffnung bestimmt zu sein, es werde keine sozialistische Regierung mehr zustande kommen. Die Entente gönnt wohl Deutschland die republikanische Staatsform, doch nicht auch die sozialistische Wirtschaftsform; man hatte nichts dagegen, daß Deutschland Frankreich die Republik nachmachte, hat aber doch viel dagegen einzuwenden, daß es eine soziale, sogar eine sozialistische Republik sein soll. Und man hat alles dagegen einzuwenden und will alles dagegen aufbieten, daß Frankreich und England etwa die deutsche Staatsform und die hier angestrebte Wirtschaftsform nachahmen.

Es wird aber den reaktionären Imperialisten und den imperialistischen Reaktionären in ganz Europa kaum noch gelingen, die Pflanze Sozialismus auszuroden. Sie ist schon zu fest gewurzelt und hat in Deutschland selbst schon seit dem Sturze der Monarchen und Errichtung der Republik anscheinend schon mehr Anhänger in bisher gegnerischen Kreisen gefunden, als in der ganzen langen Zeit vorher, wo für sie Propaganda betrieben wurde. Der Kapitalismus ist durch den langen Krieg so in Mißkredit gekommen und hat unserem Volke so tiefe finanzielle Wunden geschlagen, daß auch eingefleischte Gegner des Sozialismus nur in ihm einen Ausweg aus dem Dilemma, in das wir geraten sind, sehen. Und wer noch nicht den eigentlichen Sozialismus, für den es ja bekanntlich viele Formen gibt, will, dem Lande aber zu Diensten ist, um es aus seiner Not zu befreien, in die es seine bisherigen Machthaber — natürlich sehr gegen ihren Willen — gestürzt haben, der will wenigstens, daß das Kapital mehr „bluten" soll.

Welch ein Fortschritt gegen früher! Wenn früher das Reich mehr Geld brauchte, mußte der Tabak, der Branntwein, das Bier, das Brot, das Salz mehr „bluten", heute soll es das Kapital, und nicht mal in Form direkter Steuern, wie es stets von den Sozialdemokraten im kapitalistischen Staat verlangt wurde, sondern durch direkte bestimmte Abgaben von dem Arbeitsertrage. Kreise, die früher die sozialistischen Forderungen utopisch, weil unausführbar, fanden, machen jetzt schon Vorschläge zur Verständigung mit den Sozialisten, damit der Sozialismus ja so die Kapitalwirtschaft ablöse, daß daraus weder dem Lande ein Nachteil erwachsen könnte, noch der Sozialismus in Mißkredit geraten müßte. Vor dem Kriege hätte man in solchen Kreisen vielleicht gern seine Zustimmung zu Experimenten gegeben, die den Sozialismus ad absurdum geführt haben würden, heut sucht man ihn in solchen Kreisen vor der Gefahr, sich bloßzustellen, zu retten.

Unter solchen Umständen dürfte die Hoffnung der ententistischen wie auch der heimischen imperialistischen Reaktionäre auf die erlösende Nationalversammlung eine vergebliche sein.

Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß solche Gönner des Sozialismus mit ihren Vorschlägen zunächst für den Kapitalismus oder doch für das Kapital soviel wie möglich zu retten suchen; indem sie versuchen, der Idee des Sozialismus praktische Geltung zu verschaffen, auch unter möglichster Wahrung der kapitalistischen Interessen, helfen sie, diese Idee so zu verbreiten, aber auch so zu vertiefen, daß sie aus dem Gebiet der Praxis nie mehr in das der Theorie ganz zurückgedrängt werden kann.

Deutschland wird von nun an, wenn nicht alle Anzeichen trügen, im Zeichen des Sozialismus stehen, und die Ententeländer werden auf die Dauer von praktischen Versuchen in Sozialismus nicht verschont bleiben; alle Anstrengungen, solche Versuche mit Gewalt hintenanzuhalten, werden kläglich scheitern. Kapitalismus und Imperialismus, denen der Weltkrieg dienen sollte, gehen aus ihm nicht als Sieger hervor, trotzdem der der einen Ländergruppe über den der anderen den Sieg davongetragen hat; Sieger wird der Sozialismus sein, nicht nur in Ost- und Mitteleuropa, sondern auch in Westeuropa, vielleicht auch bald in Amerika.

Der Weltkrieg hat die Weltrevolution gezeitigt, und sie wird überall, in dieser oder jener Form, ihr Haupt erheben, wenn auch nicht sobald, daß man mit dem Friedensschluß auf ihn warten könnte. Und ihr Ziel ist der Sozialismus. Der Weltkrieg, der größte Krieg aller Zeiten, war vielleicht der letzte Krieg, sicher aber der letzte im-

perialistische. Und seine wirtschaftliche Wirkung wird eine solche sein, wie sie bisher noch kein Krieg erzeugt hat. Die Erkenntnis der Völker, sich für kapitalistisch-imperialistische Zwecke geopfert zu haben, wird sie zu der Einsicht führen, daß sie nach diesem fürchterlichen Würgen noch einen letzten Kampf wagen müssen — für den Sozialismus, für die Wirtschaftsform, die allen Arbeitern — auch den der siegreich gebliebenen Länder — einen viel höheren Siegespreis verheißt, als ihn auch der machtvollste Imperialismus ihnen jemals bieten könnte.

Ist die deutsche Textilindustrie für die Vergesellschaftung reif?

Wir hatten neulich diese Frage bejaht. (Siehe Nr. 49.) Und wir halten auch daran fest.

Gewerbetechnisch genommen ist die Textilindustrie in einigen Zweigen doch von einer Reife, die von keiner anderen Industrie übertroffen wird. Kann man sich eine große Spinnerei, eine große Weberei, mit allen Errungenschaften der modernen Technik ausgestattet, noch vollkommener denken als sie ist?

Und ist die Spinnerei, die Weberei ein Aktienunternehmen, deren Aktien sich in den Händen von Hunderten Aktionären befinden, die einander nicht kennen, und wird der Betrieb von technischen und kaufmännischen Leitern ausgeübt, die außer durch ihre Stellung als Betriebsleiter an dem Betriebe persönlich ganz uninteressiert sind, so ist die Spinnerei, die Weberei in ihrem Betriebe auch von der persönlichen Initiative der Eigentümer völlig frei.

Hat für die Prosperität solcher Betriebe bisher, unter der Kapitalswirtschaft, die Initiative der beamteten Betriebsleiter ausgereicht, so müßte sie auch für das Gedeihen des Betriebes ausreichen, wenn an Stelle der Hunderte von Aktionären die ganze Gesellschaft stände.

Damit haben wir auch schon das handelstechnische Gebiet der Frage betreten und auch die Frage bejaht, daß die großen Textilaktiengesellschaften auch handelstechnisch genommen für die Vergesellschaftung reif seien.

Was gewerbetechnisch und handelstechnisch für die Vergesellschaftung reif ist, braucht es aber noch nicht wirtschaftstechnisch im allgemeinen zu sein, und es ist es dann noch nicht, wenn es nur in Verbindung mit Faktoren gedacht werden kann, denen die geschilderte Reife in gewerbetechnischer wie auch in handelstechnischer Hinsicht fehlt. Denn wo diese Reife fehlt, da wird die Vergesellschaftung nicht ohne Störungen unseres wirtschaftlichen Lebens durchzuführen sein, und wo die Vergesellschaftung nicht ohne solche Störungen durchgeführt werden kann, fehlt dem in Frage kommenden Wirtschaftszweige noch die für die Vergesellschaftung notwendige allgemeine Reife und kann die Vergesellschaftung nicht mit Nutzen für die Gesellschaft durchgeführt werden, unterbleibt daher besser.

Die Antwort auf die Frage, ob die großen Aktienbetriebe der Textilindustrie für die Vergesellschaftung reif sind, kann demnach nur bejaht werden, wenn alle mit ihnen wirtschaftlich zusammenhängenden Unternehmen gleichfalls diese Reife aufzuweisen haben, also auch für sie keine wirtschaftliche Störung des Wirtschaftslebens zu befürchten ist.

Dieser Ansicht gibt unser bisheriger Redaktionskollege Krätzig als stellvertretender Vorsitzender der Reichsstelle für Textilwirtschaft im „Konfektionär" (Nr. 97) Ausdruck.

Wir stimmen ihm darin völlig bei: wenn die Vergesellschaftung das Wirtschaftsleben stört, statt es zu fördern, so muß sie im Interesse der Gesellschaft unterbleiben. In Frage bleibt aber, wo eine Störung statt Förderung zu erwarten wäre und wo nicht. Kr. sieht von der Vergesellschaftung für die gesamte Textilindustrie nichts als Störung des Wirtschaftslebens, wenn die Betriebe der Initiative einzelner beraubt werden. Er sagt: „. . . Für jeden einsichtigen Menschen, der das Werden und Weben des geschäftlichen Lebens in der Textilindustrie kennt, steht außer Frage, daß diese Industrie für die Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Besitz der Gesellschaft und zu einer Produktion für und durch die Gesellschaft nicht reif ist. Es handelt sich hier um keine Dampf- oder auch Ziegelbäckerei, deren Produkte ja im allgemeinen in Form und Inhalt ihre Beständigkeit haben. Eine fortwährend Neues erzeugende schöpferische Kraft, wie sie in der deutschen Textilindustrie in intensivster Weise tätig sein muß, um den Existenzkampf auf dem Weltmarkt mit Erfolg zu bestehen, ist in Ziegeleien und Bäckereien nicht erforderlich. Der Warenabsatz ist nicht kompliziert und die Rohstoffversorgung erst recht nicht. Durch eine Vergesellschaftlichung der Großbäckereien und Ziegeleien würde die deutsche Volkswirtschaft keine Störung erleiden. Dort ist der Produktionsprozeß so vereinfacht, daß private Initiative keine ausschlaggebende Rolle mehr spielt. Dort kann der erste beste tüchtige Facharbeiter mit gewöhnlicher Schulbildung den Betrieb leiten. Wie ungeheuer kompliziert ist demgegenüber der Produktionsprozeß der Textilindustrie! Es gibt keine zweite so vielseitige Industrie in unserer Volkswirtschaft. Die Gattung ihrer Erzeugnisse geht in die Tausende, und fast jedes Erzeugnis hat seine besonderen Produktions- bezw. Absatzbedingungen. Hier ist alles flüssig; neue Erzeugnisse verdrängen in ununterbrochenem Wechsel die alten. Die Mode wird auch in Zukunft die Textilwarenproduktion beherrschen. Sie erfordert zu ihrer Befriedigung eine fortlaufend sich steigernde schöpferische Regsamkeit der geistigen Arbeit. Diese schöpferische Tätigkeit kann sich nur entwickeln, wenn man der Initiative des einzelnen einen materiellen Anreiz gibt. Wer das bestreitet, der belügt sich selbst. . ."

Kr. spricht damit allen Betriebsleitern in Aktienbetrieben jede persönliche Initiative ab, denn bei ihnen fehlt doch wohl der materielle Anreiz dazu. Dieser kann zwar durch reichliche Gewinnbeteiligung auch für den nur angestellten Betriebsleiter und Werkmeister geschaffen werden, ja selbst für den gewöhnlichen Arbeiter, doch Kr. scheint solchen Anreiz zur Initiative nur dem Privatbesitzer eines Produktionsbetriebes zuzutrauen. Daß die großen Textilaktiengesellschaften ohne solchen Privatbesitzer vortrefflich gediehen, diese Tatsache zeigt aber wohl doch, daß der materielle Anreiz zur Initiative nicht nur bei dem Privatbesitzer zu finden ist. Das Argument des Mangels an Initiative, den Kr. von der Vergesellschaftung der Textilindustrie befürchtet, können wir nicht für stichhaltig erachten, um so weniger, da es ein alter kapitalistischer antisozialistischer Ladenhüter ist.

Mehr Bedeutung müssen wir dagegen Krätzigs Betrachtungen über die große Verschiedenartigkeit der Existenzbedingungen der deutschen Textilindustrie beilegen. Wenn er dagegen die Vergesellschaftung die Verschiedenheit der Art des Rohstoffbezuges und des Warenabsatzes anführt, so verdient das gewiß ernste Beachtung. Auch das, was er, unter Berufung auf Kautsky, von der Notwendigkeit des Vorhandenseins einer zentralen geistigen Kraft sagt. Solche würde sich aber doch auch wohl durch Gewährung besonderer Vorteile aus dem Produktionsprozeß erziehen lassen.

Anders ist es aber wieder mit der Frage, ob das alles von so großem Nutzen für die Gesellschaft wäre, daß man sich beeilen müsse, das Experiment zu wagen.

Auch unserer Ansicht nach drängt hier nichts zur Eile. Und notwendiger und voraussichtlich ersprießlicher für unser ganzes Wirtschaftsleben dürfte es sein, unsere Industrie, gleichviel unter welcher Wirtschaftsform, wieder besonders leistungsfähig zu machen, für den Verbrauch im Inland wie für die Ausfuhr ins Ausland.

Je mehr wir dazu gelangen, um so mehr werden wir uns aber dem Zeitpunkt nähern, wo die Textilindustrie ohne Störung des Wirtschaftslebens vergesellschaftlicht werden kann.

Und ob dieser Zeitpunkt noch so ferne liegt, daß, wie Kr. meint, die Textilindustrie sicher, die letzte Industrie sein wird, die dafür in Frage kommen könnte, das scheint uns auch noch nicht so sicher zu sein.

Nun: Qui vivra verra. Wer dann leben wird, wirds ja sehen.

Außerordentliche Konferenz des Gaues 9.

Am Sonntag, den 1. Dezember, fand im Gewerkschaftshaus zu Plauen eine außerordentliche Konferenz für den Gau statt. Es waren vertreten 14 Orte mit 36 Delegierten, nicht vertreten waren die Orte Lengenfeld, Markredwitz, Schneeberg und Weißenstadt. Von der Zentrale war der Kollege Hermann Jäckel anwesend. Die Tagesordnung lautete: 1. Das Wirken der Organisation in der Gegenwart. 2. Organisationsfragen.

Nach einer kurzen Begrüßung der Erschienenen spricht Kollege Dressel über den ersten Punkt der Tagesordnung; er bringt zum Ausdruck, daß in verschiedenen Orten die Organisation zwar große Fortschritte zu verzeichnen habe, doch gebe es noch eine ganze Reihe von Zahlstellen, wo noch sehr viel Arbeit zu leisten sei. Es müßte nun unbedingt dahin gewirkt werden, daß überall die Textilarbeiterschaft restlos organisiert wird. Ferner sei es nun dringend notwendig, wegen der Lohnfrage überall mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten, es müßte dahin gewirkt werden, daß die Akkordlohnsätze überall eine ganz bedeutende Aufbesserung erfahren: in Orten mit besonders billigen und günstigen Lebensbedingungen müsse ein Mindeststunden-Verdienst von 1 Mk. gefordert werden. In der Regel sollte der Mindeststundenlohn diesen Betrag immer noch übersteigen. Die Arbeitszeit ist in Zukunft so zu regeln, daß unbedingt eine tägliche achtstündige sowie Sonnabends eine sechsstündige nicht überschritten werden darf. Es ist überhaupt noch dahin zu wirken, daß überall der freie Sonnabendnachmittag eingeführt wird. Ferner ist bei allen Verhandlungen mit den Unternehmern eine Beteiligung der wirtschaftsfriedlichen sogenannten gelben Organisationsvertreter unbedingt abzulehnen. Auch muß nun überall auf eine Neuwahl der Arbeiterausschüsse gedrängt werden, denn die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes gewählten haben ihre Gültigkeit verloren. Auch an den inneren finanziellen Ausbau der Organisation müßte nun herangetreten werden; der Mindestbeitrag sollte pro Woche 1 Mk. betragen. Redner empfiehlt allen Zahlstellen, schon jetzt eine Erhöhung der Lokalzuschläge einzuführen, damit der Zentrale die Arbeit erleichtert wird. Der Redner forderte dann zu eifrigster Agitation für die Organisation auf, denn es müßte jetzt überall möglich sein, alle noch Fernstehenden als Mitglieder zu gewinnen; so gut wie es in Plauen möglich war, in der letzten Woche weit über 3000 neue Mitglieder zu bekommen, so würde bei eifrigster Agitation durch die Ortsverwaltungen überall eine festgefügte Organisation geschaffen werden können.

In der sich anschließenden Aussprache kam noch zum Ausdruck, daß für gleiche Leistungen, wie sie hauptsächlich in der Weberei und in der Automatenstickerei vollbracht würden, an die Arbeiterinnen auch die gleichen Akkordlöhne gezahlt werden müßten wie an die männlichen, und nicht, wie dies bisher üblich war, die Automatenstickerinnen mit einem niedrigeren Lohn abzuspeisen seien als die Sticker. Ferner wurde noch gewünscht, daß in Zukunft die bisher durch die Gemeindeverwaltungen gezahlten Erwerbslosenunterstützungen nun durch die Ortsverwaltungen der Gewerkschaften mit zur Auszahlung gebracht würden.

Kollege Martin-Oelsnitz hebt noch hervor, daß auch in seiner Zahlstelle in der verflossenen Woche etwa 800 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Allerdings: in der Lohnfrage bleibe auch bei ihnen noch viel zu wünschen übrig, denn die Firma Claviez in Adorf zahle bis jetzt immer noch Stundenlöhne von 33 und 35 Pf.; auch die reine achtstündige Arbeitszeit sei bei dieser Firma noch nicht durchgeführt.

Kollege Jäckel-Berlin ging zunächst auf die Rohstofffrage des näheren ein. Er legte dar, daß bei einer geregelten Verteilung und Streckung die Rohstoffe auf etwa 6 Monate ausreichen werden. Zunächst komme die Mischung in Frage. Es sei geplant, die Baumwolle mit 15 Proz., die Wolle mit 25 Proz. und Leinen mit 40 Proz. Stapelfaser zu vermengen. An Stelle der Jute, die ja vollständig aufgebraucht sei, müsse das Papier

Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

Von A. Knoll,
Vertreter der Generalkommission im Verband zur Förderung Deutscher Theaterkultur.

V.

Das Theater und der Staat.

Wer den Kampf gegen das Geschäftstheater aufnehmen will, muß in der Lage sein, den Kunstunternehmern in anderer Weise das zu entgelten, was ihnen bei einem Verzicht auf ferneres Entgegenkommen an den snobistischen „Geschmack" naturgemäß verloren geht. Der Verband wirkt deshalb auf Gemeinden und Staat ein, daß diese den Inhabern der Kunststätten einen angemessenen Zuschuß gewähren oder die Theater in eigene Regie übernehmen. Und er hat in dieser Beziehung trotz seiner noch kurzen Tätigkeit schon schöne Erfolge zu verzeichnen. Es laufen diese Bestrebungen auf eine allgemeine Verstadtlichung oder Verstaatlichung der Kunststätten hinaus.

Für organisierte Arbeiter wird dieser Gedanke auch weiter nichts Schreckhaftes an sich haben. Wohl aber hat das bei einer Anzahl von Kunstbeflissenen — zumeist handelt es sich dabei um Literaten und sogenannte Aestheten — ein gelindes Entsetzen und eine ernste Gegnerschaft gegen den Verband ausgelöst, was zur Folge hat, daß sie ihn ziemlich scharf bekämpfen. Besonders in Berlin ist das der Fall. In allerletzter Zeit hat allerdings der Verband diese seine Gegner zum großen Teile zum Schweigen gebracht.

Aber es wird die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sicher interessieren, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der ausübenden Künstler in Deutschland und Oesterreich die Verstadtlichung und Verstaatlichung der Theater gleichfalls fordern; sie fordern aber daneben auch eine gewisse Demokratisierung des Kunstbetriebes und des Kunstlebens, und damit können wir Gewerkschafter erst recht einverstanden sein. Und es dürfte weiter interessieren, daß zwei ganz Große im Reiche der Kunst: Richard Wagner und Ludwig Devrient, gleichfalls die Forderung der Theaterverstaatlichung aufgestellt haben. Es ließen sich daneben noch zahlreiche Zeugen aus früherer und späterer Zeit anführen, die dasselbe fordern. Man darf aber wohl annehmen, daß die genannten Beiden wohl gewußt haben werden, unter welchen sozialen Voraussetzungen sich echte Künstlerschaft frei entfalten kann.

Man muß, um den Gedanken in seiner vollen Tragweite erfassen zu können, sich immer wieder vorstellen, welche große Bedeutung das Theater als nationales Bildungsinstitut besitzt. Es ist darin dem Intendanten des Mannheimer Hoftheaters — desselben Theaters, das als erstes die „Räuber" des flüchtigen Schiller aufführte — Dr. Hagemann, beizupflichten, der das Theater als nationales Bildungsmittel gleichberechtigt neben Schule und Kirche stellt und daher zu der Forderung kommt, daß der Staat, der Schule und Kirche als nationale Erziehungs- und Bildungsinstitute schützt und fördert, ebenso auch das Theater zu fördern habe. Beiläufig: das Mannheimer Hoftheater geht auch praktisch in der Verbreitung geistiger Kultur unter die breiten Massen mit gutem Beispiele voran.

Wenn also der Verband auch seinerseits von Staat und Gemeinde Mittel zur tatkräftigen Förderung der Theaterkultur fordert, so bedeutet das durchaus nicht, daß er beabsichtigt, das Theater unter die Aufsicht einer hohen Obrigkeit zu stellen. Er fordert aber die Unterstützung auch nicht als eine Wohltat, sondern als eine im Interesse des Staates gelegene Ausgabe, nämlich, wie immer wieder in vorstehenden Ausführungen dargetan wurde, zur Hebung der nationalen Kultur. Es wird nicht gut nachzuweisen sein, daß das nicht im Interesse des Staates gelegen wäre. Diese Ausgaben sind im besten Sinne des Wortes und in einer Weise staatserhaltend, der auch die Gewerkschaften zustimmen können.

Also Staat und Gemeinden sollen die Mittel zur Förderung und Hebung des Theaters hergeben — die künstlerische Leitung und Verwaltung des Theaters dagegen soll Sache der Genossenschaften der Künstler, die in jedem Theater frei und ungehindert wirken und schaffen sollen, sein — im freien Zusammenarbeiten mit der Organisation der Kunstinteressenten und Konsumenten. Bei einem so gedachten steten und innigen Zusammenwirken von schaffender Künstlerschaft und Kunstgemeinde, wie es sich bei einer solchen sozialen Organisation des gesamten Theaterwesens folgerichtig herausbilden muß, können beide Teile, Theater und Theaterbesucher, nur gewinnen. Und wir brauchen da nicht erst auf einen in unbestimmbarer Zeit einzulösenden Zukunftswechsel zu vertrösten: tatsächlich sind die Anfänge eines idealen Zusammenarbeitens von Künstlerschaft und Kunstgemeinde schon heute im Theaterkulturverbande vorhanden. Es ist hier also in Wirklichkeit der schon über die ersten Anfänge hinausentwickelte Keim einer Demokratisierung des Theaterwesens geschaffen.

Es fehlt allerdings auch hier nicht an Widerspruch. Und merkwürdigerweise geht derselbe von einer Stelle aus, von der man eigentlich eine ganz andere Stellungnahme gegenüber derartigen Bestrebungen erwarten sollte. Es ist der Kunstreferent einer großen politischen Arbeiterzeitung, der u. a. über diese Tätigkeit des Theaterkulturverbandes in der „Schaubühne" schrieb:

„Wo die Neigung regiert, den Willen der Massen sprechen zu lassen, und wo gar die Notwendigkeit besteht, aus den verschiedenen Färbungen solchen Wollens eine Mischung zu präparieren, da kann nur abgebrauchte Scheidemünze ausgegeben werden."

Als einzigen Kommentar, den wir an diese Auffassung knüpfen möchten, wäre vielleicht die Frage aufzuwerfen: Für wen schreibt der Herr eigentlich seine kunstkritischen Abhandlungen; schreibt er sie, um das Lesepublikum seines Blattes in die Mysterien der Kunst einzuführen, oder schreibt er sie zu seinem Privatvergnügen?

Ein Wort nur noch im allgemeinen an die Gegner der staatlichen Unterstützung des Theaterwesens, die aus letzterer eine Beschränkung der Freiheit künstlerischen Schaffens befürchten zu müssen glauben.

Zunächst: Unser Schatz an Werken der reifsten Bühnenkunst, die heute nicht mehr umstritten sind, die auch kein Kunst-Staatsanwalt zu beanstanden wagt, ist so ungemein reich und groß, daß wir davon allein den Bedarf selbst der größten Zahl Bildungshungriger und geistig Dürstender auf lange Jahre hinaus decken können. Sodann aber, wenn oben gesagt wurde, daß der Verband nicht im Dienste bestimmter Kunstrichtungen und Strömungen stehe und keine solche aus Tendenzgründen bekämpfe, so ist damit nicht gesagt, daß er nicht auch neue und umstrittene Richtungen und Werke zu Worte kommen lassen will. Im Gegenteil: Wo die Mitglieder das wünschen, soll es in jedem Falle geschehen, soweit es sonst nur möglich ist! Und am wenigsten ist gerade der Theaterkulturverband damit einverstanden, daß der Staat im Kampfe der Meinungen und Richtungen auf dem Gebiete der Kunst als Sittenrichter eingreift. Wenn trotzdem von Gegnern des Verbandes geltend gemacht wird, daß er mit seinen auf die öffentliche Unterstützung seiner Aufgaben hinzielenden Bestrebungen dieses staatliche Eingreifen herbeiführt, so verkennen diese Allzuängstlichen doch auch den Zusammenhang zwischen Kunst und Politik. Bisher konnte der Staat sich ein solches Einspruchsrecht so ziemlich ungehindert erlauben, weil seine Organe wissen, daß es im Grunde genommen immer nur ein recht kleiner Kreis von Personen gewesen ist, der sich wirklich für die Sache interessierte, der politisch absolut nichts hinter sich hat und deshalb seinen Protesten keinerlei Nachdruck zu geben vermochte. Das wird in dem Augenblick anders, in dem die Kunst Sache weiter Volkskreise geworden ist. Den Beweis dafür, daß die Staatsgewalt sehr wohl vor tiefen Eingriffen in das geistige und künstlerische Leben zurückschreckt, wenn sie sieht, daß wirklich weite Volkskreise hinter einem diesbezüglichen Protest stehen, haben wir bei der lex Heinze unseligen Angedenkens erlebt. Und daß die Kunst eine Sache des ganzen Volkes wird, das eben ist ja die Aufgabe, die

als Ersatz herangezogen werden. Auch die Regelung der Arbeitszeit müsse wesentlich zur Streckung der Rohstoffe mit beitragen. Die Hauptfrage sei in der allernächsten Zeit die Kohlenfrage; denn wenn die Kohlenförderung immer noch weiter zurückgehe, so werde das eine große Gefahr für die gesamte Industrie bedeuten. Ferner wünscht F., daß in jedem Ort für eine Erhöhung der Textilarbeiterfürsorge für die Arbeitslosen eingetreten werde, damit allen denjenigen, welche bisher in der Kriegsindustrie in den Großstädten tätig waren, die Möglichkeit gegeben werde, in ihren früheren Wohnort und ihre frühere Arbeitsstätte zurückzukehren. Redner wünscht auch weiter, daß in Zukunft von der Generalkommission dem Geist der neuen Zeit weit mehr Rechnung getragen werde, als dies bisher geschehen sei, damit die Massen das Vertrauen zu derselben nicht immer noch mehr verlieren. Bei dem Deutschen Textilarbeiterverbande sei es bis jetzt nicht zu verzeichnen, da derselbe den Zug der neuen Zeit voll und ganz erkannt und bereits auch danach gehandelt habe. Kollege Jäckel bringt dann noch zur Kenntnis, daß in allernächster Zeit Flugblätter herausgegeben werden, um die gesamte deutsche Textilarbeiterschaft über die Verhältnisse der neuen Zeit aufzuklären.

Nach einer einstündigen Mittagspause wurde in der sich anschließenden Aussprache die Erhöhung der Textilarbeiterfürsorge dringend gewünscht; ferner wurde, da doch nun das Hilfdienstgesetz gefallen sei, eine Neuwahl der Arbeiterausschüsse in allen Betrieben gefordert, denn auch hier müsse der neuen Zeit Rechnung getragen werden. Hierauf wurden nachstehende drei Entschließungen einstimmig angenommen:

Resolution 1.

Die Filialvorständekonferenz des Gaues IX des Deutschen Textilarbeiterverbandes vom 1. Dezember 1918 beschließt:

Die Reichsleitung zu ersuchen, sofort eine Verordnung zu erlassen, welche die Heimarbeit regelt. Die Bestimmungen des Heimarbeitsgesetzes sind hierzu in keiner Weise ausreichend, weil es die Heimarbeiterinnen nicht genügend schützt.

Es ist zu fordern:

1. daß ein ausreichender, den Lebensaufwendungen entsprechender Mindeststundenlohn festgelegt wird. Für die Festlegung der Löhne müssen sofort Lohnämter eingesetzt werden. Die festgelegten Löhne haben zwingende Kraft;
2. daß die Arbeitszeit acht Stunden nicht übersteigen darf;
3. Unternehmer, welche Heimarbeiter beschäftigen, haben eine Liste der von ihnen beschäftigten Heimarbeiter in der Warenausgabe auszuhängen;
4. Verbot der Mitgabe von Arbeit an Fabrik- oder Betriebsbeschäftigte nach Hause;
5. Beschaffung aller Materialien durch die Unternehmer;
6. Strafbestimmungen zu erlassen gegen Unternehmer, welche die Verordnung nicht beachten.

Resolution 2.

Angesichts der Wichtigkeit der für die Uebergangswirtschaft der Textilindustrie geschaffenen Organisationen hält die Konferenz des Gaues Vogtland des Deutschen Textilarbeiterverbandes die paritätische Zusammensetzung aller diesbezüglichen Körperschaften:

Reichsstellen für Textilindustrie,
Wirtschaftsstellen für die einzelnen Fasergruppen,
Ausschüsse der Wirtschaftsstellen,
Vorstände der Wirtschaftsstellen,

für unbedingt nötig.

Die Konferenz ersucht das Reichswirtschaftsamt, schleunigst die paritätische Zusammensetzung durchzuführen.

Resolution 3.

Die heute am 1. Dezember 1918 tagende Konferenz beschließt:

Bei den stattfindenden und demnächst beginnenden Verhandlungen soll unter allen Umständen an einem Mindestlohnsatz von 1 Mk. pro Stunde festgehalten werden.

Dieser Mindestsatz kann jedoch nur Geltung haben für Orte mit besonders günstigen Lebensbedingungen. In der Regel soll der Mindeststundenlohn den angegebenen Betrag übersteigen.

Die Arbeitszeit soll auf täglich acht Stunden festgelegt, an Sonnabenden und Vorabenden aller Feiertage sollen die Betriebe mittags 12 Uhr geschlossen werden.

Die Unterstützungssätze der Arbeitslosenfürsorge müssen in entsprechender, den gegenwärtigen Verhältnissen rechnungtragender Weise geregelt werden.

In den einzelnen Zahlstellen muß eine Erhöhung der Beiträge propagiert werden; es sollen Beiträge von mindestens 1 Mk. pro Woche zu erreichen versucht werden. Bis zur endgültigen Regelung der Beitragsfrage durch die Generalversammlung sollen die Mehreinnahmen den Lokalkassen überlassen bleiben.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich noch die Kollegen Thierauf-Münchberg, Meißdörfer-Bayreuth und Taubald-Münchberg, welche im Sinne der Entschließung sprachen.

Kollege Jäckel-Berlin gibt noch Aufschluß über die Zusammensetzung der Reichswirtschaftskommission, welche zurzeit aus 30 Personen besteht. Es sollen nun in jedem Bezirk Unterkommissionen gebildet werden; hierzu muß unserer Organisation überall der entsprechende Einfluß gesichert werden. In der Frage der Regelung der Arbeitszeit ist er weiter der Meinung, daß eine anderthalbstündige Mittagspause durch Reichsgesetz eingeführt werden müßte. Der vollständig freie Sonnabendnachmittag muß dann durch eine festgefügte Organisation erkämpft werden.

Kollege Voit-Hof spricht sich für eine unbedingte Erhöhung der Textilarbeitslosenfürsorge aus. Ferner wünscht er noch die Einführung eines festen Tage- oder Wochenlohnes für die Textilarbeiterschaft, entsprechend der gesetzlich neu zu regelnden Ortslöhne; es würde dies mehr Gleichmäßigkeit im Einkommen der Textilarbeiterschaft bedeuten.

Hahn-Plauen spricht sich für einen Mindeststundenlohn von 1 Mk. aus. Er wünscht, daß derselbe den Unternehmern diktiert wird.

Kollegin Gemeinhardt-Plauen tritt ganz entschieden für den freien Sonnabendnachmittag im Interesse der Frauen ein. Ferner wünscht die Rednerin für die Arbeiterinnen bei gleicher Arbeit denselben Lohn wie für die männlichen Arbeiter. Weiter fordert sie eine Erhöhung des Eintrittsgeldes zunächst für diejenigen, welche sich bisher noch nicht angeschlossen haben, und eine weitere Erhöhung für die, welche wiederholt der Organisation den Rücken gekehrt haben.

Kollege Schöller-Hof wünscht, daß von den Landesversicherungsämtern sofort eine Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne durchgeführt wird.

Kollege Jäckel-Berlin ist der Meinung, daß die ortsüblichen Tagelöhne nicht erst durch die Landesversicherungsämter, sondern sofort durch das Reich eingeführt werden müssen, damit keine Verzögerung eintritt. Des weiteren gab Kollege Jäckel noch näheren Aufschluß über einen vom Stickerei-Industriellen Träger verfaßten und im „Vgtl. Anzeiger" erschienenen Artikel über die Sozialisierung der Stickerei-Industrie. Dieser Artikel sei als grober Unfug und als ein Täuschungsmanöver gegenüber der Arbeiterschaft und den Maschinenbesitzern zu bezeichnen, denn an eine Verstaatlichung dieser Industrie sei auf viele Jahre hinaus noch gar nicht zu denken; es könnte sich in der nächsten Zeit nur um die Großindustrie handeln, wie Berg- und Hüttenwerke, welche die Reife hierzu erlangt haben; dieselben waren ja auch bereits von der alten Gesellschaftsordnung dafür in Aussicht genommen.

Kollege Dressel-Plauen verspricht, daß in allernächster Zeit in allen Orten seines Gaues Lohnforderungen an die Unternehmer gestellt werden, damit sich auch für die Textilarbeiterschaft die Zukunft besser gestalte, und fordert nochmals zu reger Agitation durch Versammlungen und Besprechungen in allen Orten auf, damit die Organisation überall gestärkt werde.

Hierauf fand die Konferenz gegen 4 Uhr einen würdigen Abschluß.

---

sich der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur gestellt hat — und die er im Rahmen seiner heutigen Zusammensetzung tatsächlich zu erreichen imstande ist und sein wird. Ein Volk aber, das sich auf dem Gebiete der Kunst erst einmal ein auf Verständnis derselben berufendes Urteil erworben hat, läßt sich auch in dieser Hinsicht vom Staate nicht mehr bevormunden, genau so, wie es sich von ihm in politischer Hinsicht nicht mehr bevormunden läßt. Die Zeiten, in denen es in letzterer Hinsicht noch anders war, wo man noch ungeniert und unwidersprochen vom „beschränkten Untertanenverstande" zu sprechen wagte, liegen doch noch gar nicht so sehr weit zurück. Politik ist aber auch eine Kunst, die erlernt sein will. Es soll damit nicht gesagt sein, daß wir es in der Politik heute schon zur höchsten Reife und Vollendung gebracht hätten, das geht aber andern Leuten auch so und sogar solchen, die sich für die geborenen Politiker und Gesetzgeber halten: siehe die Auseinandersetzungen über diplomatische Auslandspolitik! Auch da dieselbe Erscheinung wie in der Welt der Kunst, der Künstler und der Kunstkritiker! Also: ist die Kunst erst einmal wirklich eine Sache des Volkes, dann wird dieses auch dafür sorgen, daß sich die Kunstpolitik des Staates in Grenzen hält, die eines sich seines künstlerischen Besitzes bewußten Volkes würdig sind.

Diejenigen Kreise, die daran zweifeln, haben große Aehnlichkeit mit denjenigen Politikern, die den „Staat" als eine unveränderliche Größe, als ein unwandelbares Gebilde, als etwas Absolutes ansehen, an dem nichts geändert werden kann oder darf. Zu diesen politischen Schwarzsehern gehören die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zum größten Teil ja wohl nicht. Und deshalb sind alle Befürchtungen hinfällig, die dahin gehen, daß durch die angestrebte öffentliche Unterstützung des zukünftigen Kulturtheaters die Machtvollkommenheiten des Staates eine Erweiterung erfahren könnten. Gerade das Gegenteil wird eintreten.

Gehen wir also erst einmal an die Arbeit, um der deutschen Arbeiterschaft die unvergänglichen Schönheiten deutscher Kunst und Literatur, und nicht nur dieser, zu erschließen, so wird sich das Verständnis für die mancherlei Nöte des Kunstlebens und -strebens von selber einstellen — und mit ihm der feste Wille, sie zu beseitigen. Der Erfolg dieser unserer Arbeit wird sein die Erkenntnis in den breitesten Schichten des Volkes, daß wirklich das Theater eine Stätte edelster und köstlichster Erholung, eine Kultstätte nationaler Bildung und ein unversiegbarer Bronnen geistiger Erneuerung ist. Ganz neue, ungeahnte geistige Entwicklungsmöglichkeiten werden damit erschlossen; der reiche Schatz deutscher Geisteskultur wird dann zum ersten Male in Wirklichkeit Gemeingut des deutschen Volkes werden und dieses in Wahrheit ein Kulturvolk im besten Sinne des Wortes sein.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 3. Dezember 1918 fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt. An erster Stelle war die Beratung des Statutenentwurfes für die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften vorgesehen. Die Konferenz wünschte aber zunächst eine allgemeine Aussprache über die gegenwärtige Lage und den Einfluß der Gewerkschaften.

Es wurde schließlich folgende Entschließung angenommen:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände erblickt in der von einzelnen Arbeiterräten versuchten Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine ernste Gefahr sowohl für die deutsche Arbeiterklasse, als für unsere gesamte Volkswirtschaft. Die Arbeiterräte als politische Organe der Revolution sollten für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben die Gewerkschaften heranziehen, die in jahrzehntelanger Arbeit Erfahrungen gesammelt haben, die insbesondere bei der bevorstehenden Sozialisierung der dazu reifen Industriezweige unentbehrlich sind. Auch die Einrichtungen der Gewerkschaften, insbesondere der gewerkschaftliche Organisationsapparat, sind unerläßliche Vorbedingungen für eine tatkräftige Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse. Werden diese durch lokale Arbeiterräte oder durch Betriebsausschüsse ohne jegliche Verantwortung vor der Gesamtarbeiterschaft ersetzt, muß das zu einer Lahmlegung unseres Wirtschaftslebens und somit zur schwersten Schädigung sowohl der Arbeiter in der Heimat, als der aus dem Felde heimkehrenden Soldaten führen, die anstelle von Arbeitsverdienst und Brot Arbeitslosigkeit und Not vorfinden. Auch die Errungenschaften der Revolution würden dadurch in Gefahr gebracht.

Die Konferenz appelliert daher an die organisierte Arbeiterklasse, der Ausschaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen entgegenzutreten. Die Gewerkschaften bieten nach wie vor die stärkste Gewähr für eine dauerhafte Vertretung der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen."

Die Konferenz stimmte dann einmütig dem Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu.

Weiter wurden die §§ 7 (Zentralausschuß, Zusammensetzung, Wahl und Aufgaben) sowie 8 (Zentralvorstand, Zusammensetzung, Wahl und Aufgaben) und 9 (Kosten der Arbeitsgemeinschaft) unverändert angenommen.

Hinsichtlich der Beitragszahlung an die Generalkommission wurde ein Antrag des Vorstandes des Bauarbeiterverbandes angenommen, der Generalkommission neben dem regelmäßigen Beitrag einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Kopf der Mitglieder zu zahlen.

Aus der Textilindustrie.

Riesige Mitgliedergewinne hat unser Verband in den letzten Wochen gemacht. Einige Zahlstellen oder Ortsgruppen haben allein mehrere Tausend Mitglieder aufgenommen. Wir nennen hier nur Plauen i. V. mit über 3000 Neuaufnahmen, Werdau mit 2000. Dort ist der Mitgliederbestand von 800 auf 2800 gestiegen. In Greiz und in Gera haben es in einzelnen Textilbetrieben die Arbeiterausschüsse durch Werbung neuer Mitglieder zur restlosen Organisation der gesamten Belegschaft gebracht, und sie wollen bei der Betriebsfirma beantragen — damit künftig Ruhe und Ordnung im Betrieb herrsche —, daß die Betriebsleitung bei Annahme von neuen Arbeitskräften die Frage nach der Zugehörigkeit zur Organisation stellen soll, und daß dem Deutschen Textilarbeiterverbande oder dem christlichen Textilarbeiterverbande fernstehende Arbeiter und Arbeiterinnen nur dann in Arbeit genommen werden dürfen, wenn sie sich zum Beitritt bereit erklären. Ein Schritt weiter — und die Verbands-Wochenbeiträge werden bei der Lohnzahlung mit einkassiert! —

Die Steigerung der Mitgliederzahlen wird im allgemeinen am besten durch die Erhöhung der Auflage unseres Verbandsorgans, „Der Textilarbeiter", veranschaulicht. Diese Steigerung betrug für die Nr. 46: 110, 47: 2082, 48: 8768, 49: 9311, 50: 17 549; in fünf Wochen im ganzen 37 820. — Wir marschieren!

Mindeststundenlöhne. In den Webereibetrieben der Ortsgruppe Gera des Webereiverbandes werden die durch Notgesetz vom 28. November 1918 festgelegten Mindeststundenlöhne gezahlt. Wenn Weber und Weberinnen bei den bestehenden Akkordweblohnsätzen über die Mindeststundenlöhne hinaus verdienen, so wird ihnen das Mehr ausbezahlt; bleiben sie unter den Mindeststundenlöhnen, so bekommen sie den Mindeststundenlohn, wie er im Notgesetz vorgesehen ist. Weberinnen, welche unter den Mindeststundenlöhnen im Akkord erzielten, bekamen so weit nachgezahlt, wie für Arbeiterinnen als Mindeststundenlohn im Gesetz vorgesehen ist. Darüber sind sie ungehalten und verlangen für gleiche Leistung denselben Lohn, den Mindeststundenlohn, wie er für Arbeiter im Notgesetz vorgesehen ist. Durch Anwendung des Gesetzes kann den Weberinnen aber jetzt nicht geholfen werden. Wenn zwischen dem Deutschen Textilarbeiterverband und dem Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien ein Akkord-Weblohntarif vereinbart wird, müssen die Akkordlohnsätze so bemessen werden, daß bei normaler Arbeitsleistung 25 Proz. über die Mindeststundenlöhne hinaus verdient wird. Selbstverständlich muß in diesem Akkordlohnvertrag für gleiche Leistung der gleiche Lohn vorgesehen werden. Dann ist den Weberinnen geholfen! Dieser Ansicht dürfte auch der Webereiverband sein, denn er hat zweifellos seine Zustimmung zu folgendem Schreiben gegeben:

„Gera, den 2. Dezember 1918.

An das Ministerium Gera.

Die Ortsgruppe Gera des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien wird die Bestimmungen des Notgesetzes über Mindestlöhne und Arbeitszeit für Reuß j. Linie vom 28. November d. J. jetzt zur Ausführung bringen; sie hält aber dieses Notgesetz als den Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und -Verbänden und den Gewerkschaften vom 15. v. M. entgegenstehend und betrachtet diese Vereinbarungen als für sich maßgebend.

Hochachtungsvoll

Die Ortsgruppe Gera des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien.

gez. E. Ruckdeschel, Vorsitzender.

Wegen der Uebergangswirtschaft in der Wuppertaler Textilindustrie fand in Barmen eine Versammlung der Wuppertaler Textilindustrie, der Riemendrehereibesitzer und der Veredelungsindustriellen statt. Herr Fabrikant Borchers-Barmen empfahl:

1. Einer Ungültigkeitserklärung von Aufträgen in Papiergarnfabrikaten ist durch sofortige Maßnahmen der Regierung vorzubeugen.
2. Papiergarnfabrikate sollen nach wie vor in größerem Maßstabe hergestellt werden, und erst allmählich soll diese Herstellung abgebaut werden durch die Verwendung von Baumwolle, Leinen oder Kunstseide.
3. Sofortige Freigabe der am 1. Februar 1918 beschlagnahmten Auslandsgarne.
4. Einfuhrgenehmigung für Baumwollgarne. Die neu eingeführten Garne sollen restlos dem Staat zur Verfügung gestellt werden. Der Staat gibt sie vorläufig mit einem Aufgeld von 80 Mk. je Kilogramm für Fabrikationszwecke frei, und zwar möglichst in den Bezirken, in denen die einführende Firma ansässig ist.
5. Freigabe der am 1. April 1916 beschlagnahmten Garne unter folgenden Bedingungen:
   a) Alle Garne für Leibwäsche werden bedingungslos zu Höchstpreisen in den Bezirken freigegeben, wo die Wäschefabrikation zu Hause ist. Scharfe Kontrolle, daß die freigegebenen Garne unbedingt zu Leibwäsche verarbeitet und zu anderen Zwecken nicht benutzt noch gehandelt werden.
   b) Für diejenigen Artikel, die während des Krieges größtenteils aus Papiergarn hergestellt wurden, wird Baumwolle freigegeben, vorläufig mit einem Aufgeld von 80 Mk. je Kilogramm auf die Höchstpreise. Dies bezweckt, die Erzeugnisse aus Baumwolle und anderen Rohstoffen vorläufig im Preise wesentlich höher zu halten, als die aus Papiergarn. Der Nutzen von 80 Mk. je Kilogramm fließt in die Stadt- bzw. Gemeindekasse derjenigen Industriebezirke, in denen das Garn lagert und verarbeitet wird, und soll zum Ausgleich für die Besoldung der infolge Mangels an Rohstoffen nicht vollbeschäftigten Arbeiter dienen. Jeder Fabrikant hat also das Recht, seine bei ihm lagernden und beschlagnahmten Garne vom Staat mit einem Aufgeld zurückzukaufen und zu verarbeiten.
7. Die Garne sind wie bisher monatlich anzumelden; die Mengen, die vom Staat zur freien Benutzung gekauft wurden, sind genau abzuschreiben.
8. Die bei Händlern lagernden Garne werden vom Staat übernommen und mit dem vorgesehenen Aufgeld in den Bezirken, wo sie lagern, verkauft.

9. Allein der Staat hat das Recht, Garne von einem zum andern Bezirk zu leiten und zu veräußern.
10. Es ist ein Einfuhrverbot für alle Textilfabrikate, ausgenommen für Wäsche und Tuche, zu erlassen, damit verhindert wird, daß die ausländische Konkurrenz den deutschen Markt mit billigeren Erzeugnissen überschwemmt. Dies Verbot ist sofort bei Hereinkunft genügender Baumwollmengen aufzuheben.

Ein Arbeitsausschuß der sächsischen Textilindustrie für die Uebergangswirtschaft hat sich nach Verständigung zwischen dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie in Chemnitz und dem Deutschen Textilarbeiterverband dort gebildet. Er besteht aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und hat den Zweck, das Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten und die gemeinsamen Interessen der gesamten Textilindustrie Sachsens zu vertreten bis zur zentralen Regelung auf Grund des Abkommens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Berlin am 15. November. Weiter hat er u. a. für die Unterbringung der vom Militärdienst zurückkommenden Textilarbeiter in der sächsischen Textilindustrie zu sorgen, eine gleichberechtigte Verwaltung der Arbeitsnachweise einzuführen und eine Gleichmäßigkeit der Tarifverträge in der sächsischen Textilindustrie anzustreben. — Der Arbeitsausschuß hat sich bezüglich der Regelung der Arbeitszeit auf folgende Gesichtspunkte geeinigt: 1. Die tägliche regelmäßige reine Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, Sonnabends 6 Stunden. 2. In solchen Fällen, wo einwandfrei der Nachweis erbracht wird, daß länger als 46 Stunden in der Woche gearbeitet werden muß, kann bis 48 Stunden gegangen werden. Erstreckt sich in diesen Fällen die tägliche Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus, so ist die Zeit, die 8 Stunden übersteigt, mit Ueberstundenlöhnen zu bezahlen. 3. Die Umrechnung der früheren Löhne nach Maßgabe des am 15. November 1918 in Berlin abgeschlossenen Abkommens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden hat auf Grundlage der 46-stündigen Arbeitswoche zu erfolgen. 4. Diese Bestimmungen sind am 2. Dezember 1918 in Kraft getreten und haben Gültigkeit bis zu zentraler Regelung der Angelegenheit.

100 000 englische Textilarbeiter streiken im Lancashire-Distrikt, weil eine Einigung mit den Arbeitgebern über ihre neuen Lohnforderungen in Höhe von 43 Proz. ihres bisherigen Verdienstes nicht möglich war. Nur bei einigen Firmen, die die Forderungen bewilligten, wurde die Arbeit nicht niedergelegt. —

Die vorhandenen Rohmaterialien sind sehr beschränkt, so daß die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich bald 200 000 Mann erreicht haben wird. Die Amalgamated Spinners Union und der Verband der Wollkämmer stehen finanziell so stark da, daß sie den Streik durchhalten können. Diese Verbände besitzen jeder einen Reservefonds von ½ Million Pfund Sterling, der genügen würde, den Streik sechs Monate durchzuhalten.

Die Arbeitgeber erklären, der Durchschnittslohn sei jetzt doppelt so hoch als vor dem Kriege, und daß sie sich sehr wundern, daß die Arbeiter das Anerbieten, die Differenz durch Arbitrage zu schlichten, abgelehnt haben.

Die englische Kattundruckerei und der Farbstoffmangel. Von den verschiedenen englischen Tages- und Fachblättern ist mehrfach geleugnet worden, daß der Mangel an Farbstoffen einen Schaden für die so bedeutende englische Kattundruckerei verursacht habe. Man sprach sich hingegen dahin aus, daß die englischen Farbenfabriken jetzt vollständig in der Lage seien, die Kattundruckerei existenzfähig zu machen. Dieser Ansicht wurde auf der vor einigen Tagen in Manchester abgehaltenen Jahresversammlung der englischen Kattundrucker widersprochen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß, wenn es nicht möglich gewesen wäre, aus der Schweiz Anilinfarben zu beziehen, die Kattundruckerei zum Stillstand gekommen wäre. Die englischen Fabriken hätten nur ein Viertel des Bedarfs, und zwar zu Preisen, die bis über 1000 Proz. über den Friedenspreisen ständen, liefern können.

Die australische Wollernte 1917/18 ist bekanntlich von der englischen Regierung aufgekauft worden. Es handelte sich um eine Gesamtmenge von rund 617 Millionen englische Pfund; davon waren 570 Millionen Pfund schmutzig und der Rest gereinigt. Der Gesamtwert der Schur war 42,90 Millionen Mark. Nach Deckung des Bedarfs der eigenen Textilindustrie des Landes erwarb die britische Regierung rund 600 Millionen englische Pfund im Werte von 39,58 Millionen Pfund Sterling. Die Unkosten des Ankaufs stellten sich auf 1,56 Millionen Pfund Sterling gleich ⅝ d. per engl. Pfund.

Soziale Rundschau.

Zulage an Altersrentenempfänger.

Der in Eingaben an die Reichsbehörden und den Reichstag vielfach gewünschten Einbeziehung der Empfänger einer Altersrente aus der Invalidenversicherung in den Kreis derjenigen Personen, welchen aus Anlaß der anhaltenden Verteuerung der Lebenshaltung eine Zulage zu ihrer Rente gewährt wird, ist durch eine Verordnung vom 2. Dezember 1918 entsprochen worden. Vom 1. Januar 1919 ab erhalten danach die Altersrentenempfänger eine monatliche Zulage von 8 Mk. zu ihrer Rente. Die Zulage kann in dem einfachen Verfahren, das für die Gewährung der Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente vorgesehen ist, erhoben werden. Die Zulage ist zunächst nur für die Zeit bis zum 31. Dezember 1919 in Aussicht genommen.

Unzulängliche Krankenernährung.

Auf Anordnung des Kriegsernährungsamtes sind den Kranken, die in ein Krankenhaus, Sanatorium oder Klinik aufgenommen werden, sämtliche Lebensmittelkarten, auch die etwa bewilligten Sonderkarten (Milch, Nährmittel, Eier, Fett usw.) abzunehmen. Das bedeutet nicht nur, daß die Kranken während ihres Aufenthalts in einer Krankenanstalt, z. B. zum Zwecke einer Operation, unter Umständen schlechter in der Ernährung gestellt sind als bei der Verpflegung im eigenen Hause, sondern sehr häufig tritt eine weitere Schädigung dadurch ein, daß die Klinik bei der durch sie bewirkten Abmeldung Karten über den Tag der Abmeldung hinaus zurückbehält. So wurde dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen vor kurzem ein Fall vorgetragen, in dem einer Kranken am Montage sämtliche Karten für die eben begonnene Woche einbehalten wurden, so daß, falls nicht die Brotkommission mehr Verständnis als die Klinik gezeigt hätte, die Kranke, wahrscheinlich zur besonderen Förderung ihrer Genesung, auf die Luft als Nahrungsmittel während einer Woche angewiesen gewesen wäre. Gegenüber solchen Vorkommnissen ist es dringend am Platze, daß die städtischen Behörden die Organe des Kriegsernährungsamtes den Kliniken und anderen Krankenanstalten etwas auf die Finger sehen.

Gegen die bisher verlangte Abgabe der Seifenkarte hat der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen Einspruch erhoben. Das Reichswirtschaftsamt hat die Bundesregierungen infolgedessen ersucht, darauf zu hinzuwirken, daß den in Krankenhäusern aufgenommenen Personen die Seifenkarte nicht abgenommen wird.

Die roten Arbeiterturner, die unter diesem Spitznamen von Behörden und bürgerlichen Turn- und Sportverbänden, allen voran von der Deutschen Turnerschaft vor dem Kriege aufs schärfste bekämpft wurden, grüßen die neue deutsche Freiheit als das Symbol der Menschheitsliebe und erwarten, daß ihre Bestrebungen in Zukunft auch von jenen Tausenden von Volksgenossen gewürdigt werden, die bis heute noch immer die Reihen der bürgerlichen Vereine füllen helfen. Jener Vereine und Verbände, die während der ganzen Dauer des Krieges in Wort und Schrift und durch Bildung von Jugendkompagnien Uebungen in Handgranatenwerfen die Stimmung zur Fortsetzung des Mordens bis zum endlichen Sieg förderten. Auf solche Stimmung gestützt konnten es die Regierenden nur wagen, den Krieg fortzusetzen und Friedensangebote abzulehnen. Die Arbeiterturner sind von Anfang an gegen die Beteiligung an diesem Treiben gewesen und haben ihre friedliebende Tätigkeit trotz der dadurch bedingten Benachteiligung bei allerlei Vergünstigungen aufrechterhalten. Das werden uns auch unsere nun heimkehrenden Turngenossen danken. Wir grüßen die Freunde in der Heimat und hoffen, daß sie sich recht bald wieder ihrem alten Verein anschließen und recht viele Kameraden mitbringen. Mögen auch die vielen, der Deutschen Turnerschaft angehörenden Vereine, deren Mitglieder fast nur aus Arbeitern bestehen, die ebenfalls die Aufrichtung der roten Fahne mit betreiben halfen, prüfen, ob sie auch fernerhin einer Organisation angehören wollen, welche bis zur letzten Stunde mit allen ihren Maßnahmen die zu Boden geworfene Reaktion stützten.

Arbeiter-Turnerbund, Leipzig, Fichtestr. 36.

Vermischtes.

Die Weine Exkaiser Karls.

In Wien fand eine Bestandsaufnahme und Schätzung der in den Hofkellereien lagernden Weine statt, deren Wert sich auf über eine Million Kronen beläuft. Sie sollen im Wege einer öffentlichen Versteigerung zum Verkauf gelangen. Die wertvollsten Weine, die sich im Hofweinkeller befinden, sind alte französische Marken, von denen einzelne nach dem Gutachten der Sachverständigen hohen Raritätswert haben.

Ein General für Friedenspolitik.

Der bayerische General z. D. Graf Montgelas, trat seinerzeit im „Berliner Tageblatt" für den Völkerbund mit folgenden Ausführungen ein:

„Wie wesenlose Schatten schwinden vor dem Lichtbilde dauernd gesicherten Friedens die Kriegsziele einer überwundenen, den Todeskampf kämpfenden Weltanschauung, wie die strategischen Sicherungen von Grenzen, Sicherungen, die doch nicht schützen, da am ersten Mobilmachungstage eines künftigen Krieges Fernfeuerbatterien von jetzt noch ungeahnter Kaliberstärke von Toul bis Straßburg, von Venedig bis Triest und Pola ihre Geschosse senden, Hunderte von Flugzeuggeschwadern die Eisenbahnen und großen Städte bis fernab von der Grenze mit einem Feuerregen belegen, Giftgase Tod und Verderben für Menschen und Tier meilenweit ins Land tragen würden.

So sollten denn zum Beginn des fünften Kriegsjahres die geistigen Führer der im Kriege stehenden und der noch neutralen Länder sich rüsten, um für die Beziehungen der Nationen eine neue Grundlage zu erkämpfen, unter dem Banner „Recht, und zwar gleiches Recht für alle Völker, ob groß oder klein". Utopie, so wird mancher mit überlegener Miene rufen. Gewiß, mancher, aber nicht mehr jeder. Ich weiß es nicht, aber ich wage zu hoffen und glaube zu ahnen, daß die Schar derer, die so denken, ständig im Wachsen ist. Das eine aber weiß ich sicher, daß viele, die im August 1914 mit imperialistischen Wünschen hinausgezogen sind, einsehen gelernt haben, daß Macht und Wohlstand einer Nation nicht gemehrt werden, wenn Millionen ihrer Angehörigen in blutige Fetzen zerrissen oder zu Krüppeln zerschossen, wenn Milliarden des Volksvermögens vernichtet oder zu Vernichtungszwecken verschleudert werden, wenn die Geburtenziffern sinken, während Sterblichkeit und Kriminalität ständig zunimmt. Auch ein unerfahrenes Auge muß sehen, daß im Kriege, wie er in unserer Zeit geworden ist, eine Partei zwar siegen, aber keine gewinnen kann.

Wahren Gewinn kann nur bringen ein Sieg mit geistigen Waffen, durch den das fünfte Kriegsjahr nicht nur das letzte dieses Krieges würde, sondern das letzte Kriegsjahr zwischen zivilisierten Völkern überhaupt. Kein Volk aber ist meiner Ueberzeugung nach mehr berufen, als das deutsche, zu solchem Siege beizutragen und zu erwirken, daß jetzt, nach so ungeheurem Weltgeschehen, früher, als einer seiner größten Söhne einst gehofft, „der ewige Friede, der auf die bisher fälschlich so genannten Friedensschlüsse (eigentlich Waffenstillstand) folgt", keine leere Idee mehr bleibe."

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. In der Rüste der Jahre und mitten aus rastloser Tätigkeit wurde uns ein sehr eifriges, opferfreudiges, hingebendes Mitglied, die Kollegin Plätterin Martha Bedenz, durch die immer noch nicht erloschene Grippe entrissen. Es ist schwer, das Wirken der Kollegin, die uns der Tod so unerwartet geraubt hat, in seinem ganzen Umfange hier in einigen Zeilen zu würdigen. Es möge genügen zu sagen, daß der Tatendrang und der Pflichteifer der Kollegin Martha Bedenz kaum von jemand übertroffen werden könnte, und daß sie sich dadurch für alle Zeiten bei uns ein ehrendes Andenken gesichert hat. Möge ihr die Erde leicht sein!

Osnabrück. In einer am Sonntag, den 8. Dezember, im Lokal von Wegmann abgehaltenen, gut besuchten öffentlichen Textilarbeiterversammlung behandelte Arbeitersekretär Bubert das Thema: „Die gegenwärtige Lage und die Textilarbeiter". Auf den Produktionsprozeß eingehend, verstand es der Redner, den Anwesenden zu beweisen, daß nur eine starke Organisation in der Lage sei, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Von selbst gebe das Unternehmertum nichts, die Selbsthilfe sei nur durch die Organisation gegeben. Das Unternehmertum hat erkannt, daß nur durch die Organisation allein die wirtschaftliche Lage verbessert werden kann. Trotz aller Bekämpfung der Gewerkschaften vor dem Kriege waren es die Gewerkschaften, die bei Ausbruch des Krieges das Wirtschaftsleben wieder in Gang brachten. Das Sumpfpflänzchen der gelben Werkvereine ist in Zukunft sich selbst überlassen. Nicht mit der Mütze unter dem Arm, sondern mit Hilfe der Organisation können Forderungen der Arbeiter durchgesetzt werden. Zum Schluß ermahnte der Redner die Anwesenden, mit jeder Faser ihres Herzens für die Organisation zu arbeiten. — In der Diskussion wurden verschiedene Mißstände bei der Firma F. H. Hammersen besprochen. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Simon, einen kräftigen Appell an die Versammelten gerichtet hatte, sich dem Deutschen Textilarbeiterverbande anzuschließen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Literatur.

An was hat der heimkehrende Kriegsteilnehmer zu denken? Ein praktischer Wegweiser für den Kriegsteilnehmer zur Wiedereinführung ins bürgerliche Leben und zur Geltendmachung von Rechten und Ansprüchen. Ein Auskunftsbuch auch für amtliche Stellen und Kriegswohlfahrtseinrichtungen. Preis 2,65 Mk. Bayerischer Kommunalschriften-Verlag G. m. b. H., München, Arcisstraße 35.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 22. Dezember, ist der

51. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 2. Eisenach. V u. K: Oskar Hohnbaum, Katharinenstraße 53, parterre.

Gau 8. Zörbig. V: Wilhelm Richter, Bismarckstr. 34 I.

Gau 10. Buchholz. K u. Geschäftsführer: Martin Hermann, Neugasse 4.

Gau 11. Reichenau. K u. Geschäftsführer: H. Richter, Amtsgerichtskolonie 148D.

Ortsverwaltungen.

Leipzig. Die Geschäftszeit der Filiale Leipzig ist ab Montag, den 16. Dezember, von Montag bis mit Freitag vormittags von ½9 bis 1 Uhr und nachmittags von ¼4 bis 7 Uhr, Sonnabends von ½9 bis ½2 Uhr.

Die Ortsverwaltung.
J. A.: Th. Philipp.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Berlin. Oskar Szollosy, Detacheur, 60 J., Lungenentzündung. Helene Weinberg, Stickerin, 33 J. August Schulz, Weber, 63 J., Herzschlag. Pauline Fripan, Weberin, 38 J., Lungenleiden. Karl Klingsohr, Färbereiarbeiter, 55 J., Grippe. Hermann Hermsdorf, Weber, 54 J., Operation. Paul Heller, Garnausgeber, 59 J., Grippe. Martha Bedenz, Plätterin, 28 J., Grippe. Berta Müller, Kurbelstickerin, 32 J., Grippe.

Crimmitschau. Alma Zniner, 42 J., Lungenleiden. Ida Römer, 51 J., Lungenleiden. Ida Schilde, 59 J.

Neumünster i. H. Wilhelm Vieckmann, Tuchmacher, 66 J., Lungenentzündung.

Plauen i. V. Richard Arnold, Tambourierer, 32 J. Richard Hiemisch, Webereiarbeiter, 23 J.

Gera. Erwin Neudeck, Weber, 42 J., Grippe. Franz Plöthner, Weber, 52 J., Herzschwäche. Karl Börner, Weber, 51 J., Herzlähmung. Hermann Albert, Appreturarbeiter, 50 J., Lungenentzündung. Robert Schreck, Weber, 71 J., Basenleiden. Walter Schmidt, Färbereiarbeiter, 55 J., Herzlähmung. Karl Krögel, Appreturarbeiter, 27 J., Herzlähmung. Hermann Dietzel, Weber, 53 J., Magenkrebs. Ernst Stadler, Appreturarbeiter, 63 J., Grippe. Richard Friedemann, Weber, 52 J., Grippe. Franz Mutschmann, Appreturarbeiter, 55 J., Herzlähmung. Emma Höfer, Weberin, 24 J., Typhus. Elsa Müller, Appreturarbeiterin, 19 J., Grippe. Martha Hahn, Weberin, 30 J., Grippe.

Glauchau. Martha Dietrich, Gesau, 43 J., Schlaganfall.

Greiz. Lina Hofmann, Weberin, Kurtschau, 40 J., Grippe. Karl Vogel, Invalide, 84 J., Altersschwäche.

Guben. Karl Geutner, 72 J., Altersschwäche. Elise Blümke, 39 J., Lungenkrankheit.

Langenbielau. Karoline Schmolke, Mangelarbeiterin, 62 J., Gehirnschlag.

Reichenbach i. V. Anna Böhm, 25 J., Lungentuberkulose. Hermann Brückner, 52 J., Rippenfellentzündung.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Berlin. Alwin König, Färbereiarbeiter, 28 J. Otto Mastaleck, Färbereiarbeiter, 35 J. Theodor Flintrop, Bandweber, 37 J. Fritz Wenzlau, Seilereiarbeiter, 22 J. Felix Eisel, Arbeiter, 33 J. Georg Brandt, Färbereiarbeiter, 33 J. Emil Schutter, Arbeiter, 26 J. Wilhelm Hoffmann, Dekateur, 25 J. Max König, Weber, 31 J. Richard Schulz, Arbeiter, 21 J. Willy Tobeck, Presser, 25 J. Paul Trampa, Arbeiter, 24 J. Ernst Tietze, Arbeiter, 35 J. Georg Böttger, Posamentierer, 48 J. Max Sahr, Färber, 29 J. Paul Ulrich, Seiler, 33 J. Ernst Brüsewitz, Arbeiter, 24 J.

Gera. Walter Hunger, Weber, 28 J.

Hamburg. Paul Riecken, Arbeiter, 30 J.

Reichenbach i. V. Reinhard Silling, 25 J. Ernst Baumgärtel, 26 J.

Ehre ihrem Andenken!

Privat-Anzeigen.

(Kostenbeitrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Berlin.

Plötzlich und unerwartet wurde uns das Mitglied, die Plätterin

Martha Bedenz

28 Jahre alt, durch die Grippe entrissen. Ihre Verdienste um unseren Verband werden an anderer Stelle in knapper Form gewürdigt. Hier wollen wir ihr noch unseren Dank abstatten für alles, was sie dem Verbande gegeben hat, und ihr noch ins Grab zurufen:

„Deinem Wirken ist ein Ziel gesetzt, unser Andenken an Dich bleibt unbegrenzt."

Ruhe sanft!

Die Redaktion für die Nr. 52 muß schon am Sonnabend früh geschlossen werden, worauf man bei Einsendungen für das Blatt gefl. Rücksicht nehmen wolle. Die Schriftleitung.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 21. Dezember

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlicher Redakteur Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.